

Tagesordnung III Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 28. August 2008

Antrags-Nr. 08-F-25-0078

**Integrationskonferenz für Wiesbaden**

**- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.06.2008 -**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die LH Wiesbaden setzt sich für einen weiteren Ausbau der Vernetzung zwischen den Trägern der Integrationsarbeit ein. Um diese Vernetzung zu gewährleisten, richtet die Stadt eine ‚Integrationskonferenz‘ ein.
2. Darüber hinaus hat die Integrationskonferenz die Aufgabe, das Dezernat für Bürgerangelegenheiten und Integration
  - a) in integrationspolitischen Fragen, speziell
  - b) bei der weiteren Umsetzung des Wiesbadener Integrationskonzepts und der Integrationsvereinbarung zu beraten.
3. Der Magistrat wird deshalb gebeten, ein Konzept zur Einrichtung der Integrationskonferenz zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Dieses Konzept soll einen Vorschlag zur Zusammensetzung der Konferenz enthalten.
5. Durch die Einrichtung der Integrationskonferenz erfolgt keinerlei Beschränkung von Aufgaben und Stellenwert des Ausländerbeirates.

---

**Gem. Änderungsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 19.08.2008**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die LH Wiesbaden setzt sich für einen weiteren Ausbau *der bereits vorbildlich laufenden Arbeit und* Vernetzung zwischen den Trägern der Integrationsarbeit ein. Um diese Vernetzung zu gewährleisten, richtet die Stadt eine ‚Integrationskonferenz‘ ein.
2. Darüber hinaus hat die Integrationskonferenz die Aufgabe, das Dezernat für Bürgerangelegenheiten und Integration
  - a) in integrationspolitischen Fragen, speziell
  - b) bei der weiteren Umsetzung des Wiesbadener Integrationskonzepts ~~und der Integrationsvereinbarung zu beraten.~~ *je nach Bedarf zu beraten.*
3. Der Magistrat wird deshalb gebeten, ein Konzept zur Einrichtung der Integrationskonferenz zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Dieses Konzept soll einen Vorschlag zur Zusammensetzung der Konferenz enthalten.

5. Durch die Einrichtung der Integrationskonferenz erfolgt keinerlei Beschränkung von Aufgaben und Stellenwert des Ausländerbeirates.
- 

### Beschluss Nr. 0354

Der gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 03.06.2008 wird bei Übernahme des gemeinsamen Änderungsantrages ohne Punkt 5 in folgender Form angenommen:

1. Die LH Wiesbaden setzt sich für einen weiteren Ausbau der bereits vorbildlich laufenden Arbeit und Vernetzung zwischen den Trägern der Integrationsarbeit ein. Um diese Vernetzung zu gewährleisten, richtet die Stadt eine ‚Integrationskonferenz‘ ein.
2. Darüber hinaus hat die Integrationskonferenz die Aufgabe, das Dezernat für Bürgerangelegenheiten und Integration
  - a) in integrationspolitischen Fragen, speziell
  - b) bei der weiteren Umsetzung des Wiesbadener Integrationskonzepts je nach Bedarf zu beraten.
3. Der Magistrat wird deshalb gebeten, ein Konzept zur Einrichtung der Integrationskonferenz zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Dieses Konzept soll einen Vorschlag zur Zusammensetzung der Konferenz enthalten.

(antragsgemäß Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration 19.08.2008 BP 0043)

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .08.2008  
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .08.2008  
im Auftrag

1. Dezernat VII  
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:  
Ausländerbeirat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Zieren-Hesse